

Hannes Augustin, Karl Baumgarten, Paul Blau, Lidia Brandstätter,
Hildegard Breiner, Leopold Buchner, Josef Cap, Harald Edelbauer,
Friedrich Fehlinger, Friedl Fessler, Mathilde Halla,
Andreas Heigermoser, Johann Hisch, Harald Huscava, Robert Jungk,
Thomas Kainz, Erich Kitzmüller, Sam Arnold Kreditsch,
Peter Kreisky, Walter Lauber, Peter Ulrich Lehner, Wilfried Leisch,
Bernd Lötsch, Wolfgang Maister, Carl Manzano, Schani Margulies,
Freda Meissner-Blau, Christoph Mittler, Beatrix Neundlinger,
Walter Papousek, Günther Pfaffenwimmer, Heidrun Pirchner,
Doris Pollet-Kammerlander, Rainer Possert, Wolfgang J. Pucher,
Traudy Rinderer, Sigrid Schönfelder, Elisabeth Schwarz,
Franz Sölkner, Karl Stocker, Heinz Stockinger, Maria Summer,
Alexander Tollmann, Heinz Unger, Ignaz Vergeiner, Peter Weish,
Kurt Winterstein, Friedrich Witzany, Eberhard Wobisch

Verlag *publication* PN^o1 Bibliothek der Provinz

28 € / 48 st

KEIN KERNKRAFTWERK IN ZWENTENDORF!



Kein Kernkraftwerk in Zwentendorf!

30 Jahre danach

Verlag *publication* PN^o1 Bibliothek der Provinz



Friedrich Witzany

Ein Kernkraftwerk für St. Pantaleon?

Wie alles begann

Irgendwann im November 1973 titeln die Oberösterreichischen Nachrichten: „Zweites Kernkraftwerk an der Ennsmündung, Baubeginn 1974“. Recht viele Menschen hat das damals nicht vom Sessel gerissen. Warum auch? Zwentendorf war mitten im Bau, der Stromverbrauch wuchs exponentiell, der Wirtschaft ging es gut – und damit angeblich auch den Menschen, wenn man der Gehirnwäsche von den Plakaten herab glauben darf. Die Frau Gesundheitsminister Leodolter, auch für den Strahlenschutz zuständig, meinte damals: „Es ist eine Tatsache, dass sich der Stromverbrauch alle 10 Jahre verdoppelt. Und danach müssen wir uns richten.“ Und es folgten noch jahrelang die Aussagen vieler ländlicher Bürgermeister, schwarzer als auch roter, dass es ihnen nichts ausmachen würde, würde der Atommüll in ihren Gärten vergraben werden. Ein putziger Entsorgungspark sozusagen, wie man im Jargon der Betreiber so eine Lagerstätte eben nennt.

Genau rechtzeitig erschien damals der erste Bericht an den Club of Rome „Die Grenzen des Wachstums“. Die Ressourcen sind beschränkt, die Umweltbelastung – der Begriff Umwelt wurde gerade geprägt – hat Langzeitfolgen bis hin zur Klimaänderung, die Bevölkerungsexplosion und die ungleiche Verteilung der Güter bringen den Globus an den Rand des Kollaps. Heute alles abgedroschen und bekannt, obwohl wir immer noch nicht damit umgehen können. Also, diese Wachstumsideologie ist aus Gründen des Naturhaushaltes auf Dauer nicht durchzustehen und führt unweigerlich in soziale und ökologische Krisen.

So baut sich in einer Wohlstandsgesellschaft wie Österreich eine Frontstellung auf. Hier die Verhinderer, die Rückschrittlichen, die Gutmenschen, die Phantasten und Illusionäre, die Utopisten, denen man den Strom abzwicken sollte oder noch ärger, die staatspolizeilich beobachtet werden müssen, die „Recht und Ordnung“ und die Obrigkeit nicht anerkennen und sich außerparlamentarisch zusammenrotten, die das kritisch hinterfragen, was sich die Mächtigen im Staat so ausdenken.

Und auf der anderen Seite die Fortschrittsgläubigen, die Realisten und Technokraten, die Macher und Systemerhalter, die Betonierer und Drüberfahrer und die vielen Lobbyisten in dem Gefilz von Wirtschaft, Politik, Geld und Macht, die den Politikern sagen, wo es lang geht und die sich durch die Querulanten gestört fühlen.

Es war ein hartes gesellschaftspolitisches Zusammenprallen, damals vor mehr als 30 Jahren, ausgelöst und verstärkt durch das Anwachsen der sich persönlich durch die Atomkraftwerkspläne betroffenen Fühlenden in der dicht besiedelten Region Linz-Enns-Perg. Tschernobyl ließ zwar noch zwölf Jahre auf sich warten, aber die Zeit war vorbei, in der selbst Naturschützer sich die Atomenergie als umweltfreundlich, ungefährlich und unerschöpflich und als Alternative zum Einstau der Donau oder von unberührten Alpentälern einreden ließen.

Und wenn ich ab jetzt oft „wir“ sage, meine ich jene spontan im Linzer Raum entstandene Bürgerinitiative, angefangen vom harten Kern, dem ich von Beginn an

angehörte und der sich um den Linzer Arzt Dr. Alfred Tisserand scharte, über die vielen Mitarbeiter und Aktivisten, Anhänger und Sympathisanten, kurzum, ich rede von den Atomgegnern rund um St. Pantaleon, die mit ihrer Aufmüpfigkeit und Virulenz und durch das unmissverständliche Auftreten und unkonventionelle Agieren so viel öffentliche Aufmerksamkeit erregt haben, dass die Welle bis nach Wien übergeschwappt ist. Wir haben auch bereits unsere Vorbilder und Inspiratoren gehabt, in der Schweiz, in Süddeutschland, in Vorarlberg. Spätestens seit dem Frühjahr 1976 sind „wir“ aber die gesamten und unter einem luftigen Dach geeinten Atomgegner Österreichs.

Was heute noch erstaunt und wie ein Wunder gewertet werden muss, ist die Tatsache, dass unter den ideologisch weit auseinander liegenden Atomgegnergruppen eine unverbrüchliche Einmütigkeit und Solidarität zum Motto „Unser Marsch hat den Zweck, das Atomkraftwerk muss weg“ vorhanden war. Bis zum unbestrittenen Höhepunkt der Anti-Atom-Bewegung in Österreich, der durch glückliche Begleitumstände gewonnenen Volksabstimmung am 5. November 1978, konnten sich die organisierten Atomgegner homogen, glaubwürdig und unzerstritten der Öffentlichkeit präsentieren. Ein ungeheurer Bonus, der in der heutigen Neid- und Mediengesellschaft schwer vorstellbar ist. Als ein paar Jahre später die Grüngruppen auftauchten, zu einem guten Teil aus der Anti-Atom-Bewegung entstanden, war der Streit bereits vorprogrammiert.

Vor „grün“ war „rot“ in, und zwar tiefrot. Wenn es bei den österreichweiten Konferenzen um die Anzahl der Stimmberechtigten ging, konnte es schon vorkommen, dass die Anzahl der verkauften Exemplare vom „Klassenkampf“ oder der „Rotfront“ mit entscheidend war. Wir Oberösterreicher, gerade keine 68er mehr, trachteten, dass die roten Transparente nicht überhand nahmen oder die Internationale nicht zu stark durchklang. Junge Linke und gesetztere Bürgerliche, das gemeinsame Ziel hat ein gutes Miteinander ermöglicht.

Briefwahl St. Pantaleon, Dezember 1974

Man muss sich vorstellen, über Nacht – es hat mehrere Nächte gedauert und es soll dabei zum Teil recht lustig zugegangen sein – kauft eine Kraftwerksgesellschaft zwei benachbarte Bauernhäuser samt Wald und Feld, „Auslaufhöfe“ dürfte die passende Bezeichnung sein, und posaunt hinaus: „Hier an der Ennsmündung wird demnächst das zweite österreichische Atomkraftwerk gebaut.“ Der sozialistische Bürgermeister von St. Pantaleon und der örtliche schwarze Schotterbaron sind schon vorinformiert: „Wenn wir das Risiko haben, wollen wir auch den Profit haben.“

Die Gemeindebevölkerung ist indifferent bis ahnungslos, wie eine erste Ausfahrt ins verschlafene Dorf zeigt. Am Sonntag stehe ich mit Flugblättern „Auch Sie leben in der Todeszone“ vor der Kirchentür. Der erste nach dem Gottesdienst sichtbar werdende Mensch, unersetzlich, ergraut, im Hubertus, reißt mir die Flugblätter aus der Hand. Er sitzt schon im Wirtshaus beim Frühschoppen, als ich ein Plakat aufhängen will. Eigenhändig fetzt er es herunter – der Bürgermeister, wie sich herausstellt. Nach so viel demütigender Erfahrung kann man nur noch den Pfarrer aufsuchen. Aber da ist deutlich zu hören: Hochwürden richtet sich nach dem Wind. Damals galt ja noch: Macht euch die Erde untertan. Erst später hat sich die Kirche, voran die evangelische, zu einer anderen Sicht des Schöpfungsauftrages durchgerungen.

Ein neuerlicher Anlauf in St. Pantaleon: Wir besuchen zu zweit eine öffentliche Gemeinderatssitzung. So etwas Unerhörtes hat es noch nicht gegeben. Schon unangenehm genug, wenn sich ein Gemeindegänger ungebeten in die Sitzung drängt, aber diese auswärtigen Atomgegner

Die Sitzung wird unterbrochen, die Gemeinderäte vergattert keine Diskussionen zu führen. Alles erstickt in sachlicher Emotionslosigkeit.

Ein wenig beginnt die Front der Gemeindegänger zu bröckeln. Einzelne horchen sich Vorträge in Linz an, informieren sich persönlich mit dem Ersuchen, nur ja ihre Identität nicht zu verraten. Es spricht sich herum, dass die Bürgerinitiativler „normale“ Menschen sind, weder Zeugen Jehovas, noch in einer Kommune leben oder im Verdacht stehen, vom Ostblock bezahlt zu werden. Sie haben Familie und Haus und gehen einer geregelten Arbeit nach. Aber in St. Pantaleon selbst entsteht keine Widerstandszelle und es wird auch bis zum glücklichen Ende keine gegründet.

Trotz dieser Zurückhaltung, bei einer Briefwahl, im stillen Kämmerlein, wachsen die Pantaleoner über sich hinaus. Der Zufall spielt freilich mit. Es gibt im Juni 1974 Landtagswahlen in Niederösterreich, die Wählerverzeichnisse liegen auf. Im Gemeindegang ersuchen wir um die Einsicht ins Verzeichnis. Zuerst Ablehnung. Aber die Rückfrage bei der Bezirkshauptmannschaft macht es möglich. Stundenlang wird das Wählerverzeichnis abgeschrieben, weil man uns das Kopieren verwehrt.

Und wie gewinnt man das Vertrauen der Bevölkerung? Man schaltet einen Notar ein, der dafür garantiert, dass nur so viele Stimmzettel („Sind Sie für das Atomkraftwerk – ja oder nein“) mit seinem Stempel auf der Rückseite versehen sind, wie es Wahlberechtigte gibt. In der Aussendung wird ein bereits frankiertes Kuvert für den Stimmzettel beigelegt. Jetzt beginnt ein banges Warten. Wird auf dem Postweg wer was verschwinden lassen? Werden die eingeschüchterten Gemeindegänger in den eigenen vier Wänden mutiger sein?

Nach der vereinbarten Einsendefrist teilt uns der Notar ein auch für uns überraschendes Ergebnis mit. Genau 70 Prozent der Wähler haben sich an der Befragung beteiligt, das allein ist höchst bemerkenswert. Sensationell ist, dass sich 90 Prozent gegen und nur 9 Prozent für das Atomkraftwerk ausgesprochen haben. Das macht uns Mut, das Ergebnis der Bevölkerung öffentlich auf dem Dorfplatz mitzuteilen.

Für die hart gesottenen Befürworter und den Bürgermeister muss das ein empfindlicher Prestigeverlust gewesen sein. Andererseits zeitigen unsere Einmischungen von außen bei der zehn Monate später stattfindenden Gemeinderatswahl überhaupt keine Früchte. Die Pantaleoner wählen mit großer Mehrheit wieder ihren Bürgermeister und die Sozialistische Partei. Politik wird im Kleinen wie im Großen immer irrational bleiben.

Wandertag St. Pantaleon, Juni 1975

Mit einem Wandertag rund um das weitläufige Kraftwerksgelände kann man zwei Fliegen mit einem Schlag treffen: Die „Fremden“ kann man mit den Gelände- und Platzverhältnissen – auch für den Fall der Besetzung – vertraut machen, kann ihnen eine Dimension geben von den gigantischen Ausmaßen des geplanten Atommeilers und ihre Motivation zum Widerstand stärken. Den „Einheimischen“ kann man zeigen, dass schon viele Menschen gegen das Projekt in ihrer Gemeinde protestieren, dass es

bereits eine überregionale Bedeutung erlangt hat und das Einigeln und nach außen Zumauern, wie es die offiziellen Gemeindevertreter immer noch tun, auf Dauer keinen Sinn macht. Das AKW ist schon lange nicht mehr die Angelegenheit der Gemeinde St. Pantaleon allein.

Die nahe liegenden Überlegungen und die üblichen Vorbereitungen: Eine schöne Route von fünf oder sechs Kilometern, beginnend beim Bahnhof für die mit dem Zug ankommenden Wanderer. Ein Rastplatz in Streckenmitte. Ein schöner Sonntag Ende Juni soll es sein, nicht zu heiß und noch vor Ferienbeginn. Bis auf das Wetter kann man ja alles organisieren. Um den Petrus gnädig zu stimmen und den sonntägigen Bedürfnissen vieler Wanderer entgegen zu kommen, planen wir auch eine Feldmesse.

Feiern, meditieren, wandern, auf ein Ziel zustreben. Wie das alles schön unter einen Hut geht! Nicht von ungefähr hat sich auch in der Umweltbewegung das Wandern und Marschieren – wie das Wallfahren unter religiös gläubigen Menschen – als ein starkes Ausdrucksmittel für eigene Befindlichkeit, Anliegen und Interessen entwickelt und die Wirkung nach innen und außen nicht verfehlt. In der Anti-Atom-Bewegung hat das Wandern – pendelnd zwischen Meditation und Agitation – einen festen Stellenwert erhalten. Da gab es Menschen, die liefen durch ganz Europa nach Tschernobyl, manche entlang der bayrisch-tschechisch-österreichischen Grenze, manche von Salzburg nach Zwentendorf. Und schließlich fallen auch die großen Demonstrationzüge in diese Kategorie: Zeremonien, die Macht, Stärke und Ausdauer nach außen vermitteln wollen und den inneren Zusammenhalt ungemein festigen.

So hehre Gedanken liegen uns bei der Planung des Wandertages fern. Wir müssen in die Niederungen der regionalen Politik hinunter steigen. Der Sportverein stellt uns den ans Kraftwerksgelände angrenzenden Sportplatz nicht zur Verfügung. Der örtliche Pfarrer wird uns die Feldmesse nicht zelebrieren, was ein größeres Problem darstellt. Wir können auf den breiten Donaudamm ausweichen, der erstens im öffentlichen Besitz steht und von dem aus man zweitens das Gelände gut überblicken kann. Aber woher einen Priester nehmen, hält sich doch die Kirche in Österreich immer noch aus der Diskussion heraus. Wie kann sich die Kirche in einer unserer Meinungen nach so brisant ethischen Frage, wo es um Verantwortung sogar kommenden Generationen gegenüber geht, derart ins Abseits stellen?

Und hier rede ich einmal von mir selber. Ich gehe voll Wut zum Linzer Weihbischof und schone ihn nicht. Er versteht mein Anliegen, und über die Ordinariate der Diözesen Linz und St. Pölten wird geklärt, dass der Pfarrer von Mauthausen in Oberösterreich in der Pfarre St. Pantaleon in Niederösterreich eine Messe lesen darf. Ich darf die Ansprache halten. Noch nie habe ich als Laie gepredigt.

Wenn uns auch der heilige Petrus anfangs nicht erhört hat und es bei Beginn der Wanderung in Strömen regnet und dadurch viele Leute von der Teilnahme abgehalten werden, als sich der Zug mit Musik und im Wind knatternden Transparenten über den Donaudamm bewegt, reißt der Himmel auf. Da gibt es diese zusammengewürfelte Blasmusikkapelle, von einem engagierten Lehrer im Bezirk Perg aufgestellt, die uns noch öfter begleiten wird. Die Musiker kommen aus verschiedenen Gemeinden des Machlandes. Sollte im AKW einmal etwas Schreckliches passieren, ist das Machland bei vorherrschendem Westwind zuerst dran.

Sie spielen die Schubertmesse „Wohin soll ich mich wenden“. Ich habe, ein wenig sentimental, aus dem Matthäus-Evangelium jene lyrisch schöne, aber anscheinend so

gar nicht ins reale Leben passende Stelle ausgesucht (Mt 6, 19–34), wo es unter anderem sinngemäß heißt, dass die Vögel des Himmels keine Vorräte anlegen und die Lilien des Feldes nicht arbeiten, der himmlische Vater aber trotzdem für sie sorgt. Wir Kleingläubigen sollten uns nicht so viele Sorgen um die irdischen Dinge machen. Aber im selben Text finden sich auch die Verse, dass niemand zwei Herren und auch niemand Gott und dem Mammon zugleich dienen könne. In Erinnerung an den Pastor in Wyhl habe ich die Predigt vorbereitet. Zum Schluss singen wir „Großer Gott, wir loben dich“, um bei strahlendem Sonnenschein auf einem anderen Weg an den Ausgangspunkt zurückzukehren

Demo vor dem Linzer Landhaus, Oktober 1976

Über die Rolle der Medien und deren Berichterstattung über die Anti-Atom-Bewegung erhält man als langjähriger Aktivist ein klares und nüchternes Bild. Das gilt für alle anderen Bereiche auch, die mit Bürgerwiderstand und außerparlamentarischer Opposition zu tun haben: Eine freie und unabhängige Berichterstattung gibt es nicht. Jeder Kommentar, jeder Bericht ist ein Auftragswerk im Sinne des vorausseilenden Gehorsams. Wessen Brot ich ess, dessen Lied ich sing. Das gilt für alle von politischen Parteien und der Wirtschaft gesteuerten Medien. Wer bleibt da noch übrig?

Freilich gab und gibt es Journalisten, die ein bisschen mehr über den imaginären und selbst begrenzenden Rahmen hinaus dürfen. Es gibt sogar so ehrliche unter ihnen, die hinter vorgehaltener Hand zugeben, dass sie gerne möchten, aber nicht dürfen. Und es gibt sogar welche, die sich in diesem Gewissenskonflikt für ihre Überzeugung und gegen ihre gesicherte materielle Existenz entscheiden.

Aber die meisten sind konform geschaltet, weshalb es nicht verwundert, dass die Bestrebungen der Atomgegner in den ersten Jahren herunter, wenn nicht lächerlich gemacht werden. Am ärgsten ist es, überhaupt verschwiegen zu werden.

Eine ganz eigenwillige Wendung, die einem Eiertanz gleicht, nimmt die Berichterstattung der Konservativen und der Wirtschaft, als Bundeskanzler Kreisky im Frühjahr 1978 die Volksabstimmung über Zwentendorf ausruft. Plötzlich hat man den Eindruck, wir werden vom Zentrum ein wenig hofiert. Lieben tut man uns deshalb noch lange nicht.

Nach der Kernschmelze von Harrisburg 1979 wird das Heruntermachen der achso-rückschrittlichen Atomgegner schon vorsichtiger. Mit der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage im bayerischen Wackersdorf droht uns die große radioaktive Gefahr aus dem Ausland, weshalb österreichische Politiker auf einmal wissen – und mit ihnen die Medien – was sie dem Bürger und Wähler schuldig sind. Endgültig gebrochen ist der Bannstrahl einer miesen Berichterstattung aber mit der Katastrophe von Tschernobyl 1986. Und seither hat sich in Österreich nichts wesentlich geändert. Aber abwarten: Wenn sich die Atomlobby bei dem derzeit stattfindenden neuerlichen Anlauf durchsetzt und eine Renaissance der Atomenergie eingeläutet wird, was ja im Sinne einer schrankenlos globalisierten Wirtschaft geradezu erwünscht wäre, dann ist es mit dem Wohlwollen den Atomkritikern gegenüber wieder vorbei.

Aber zurück zur medialen Eiszeit, als die Redakteurin der im niederösterreichischen Mostviertel verbreiteten Lokalzeitung Halbwertszeit mehrmals mit „ä“ zu schreiben pflegt und der Redakteur einer renommierten Zeitung in Oberösterreich

berichtet, dass die Regie der international verzahnten Gruppe von Kernkraftwerksgegnern klappte. Insgeheim nehmen wir das als Kompliment, aber die Absicht ist klar: Die Atomgegner werden von außen gesteuert, am liebsten von den Kommunisten, um dem angeblich so freien Westen zu schaden. Wir befinden uns ja noch mitten im Kalten Krieg.

Zäh und bescheiden bauen wir uns ein eigenes Informationsnetz auf. Für ein Untergrundradio wie „Radio Dreyeckland“ (Breisgau/Kaiserstuhl) reicht es nicht, aber die Abonnenten unseres Informationsblattes „Bürger aktiv“ wachsen auf 3.000 an. Aus den ärgsten finanziellen Nöten sind wir dadurch auch heraus. Die Leute haben Vertrauen und sind beim Spenden nicht kleinlich.

Sie wissen, dass wir keinen Konflikt mit den Politikern scheuen und kompromisslos die AKW-Pläne ablehnen. Der genaue Anlass ist nicht mehr in Erinnerung, jedenfalls wagen wir uns mit einer Demonstration und einem Marsch durch die Linzer Innenstadt vor das Landhaus, um es „denen da oben“ einmal richtig hinein zu sagen. Jeder und jede der damals in der Bürgerinitiative Exponierten und gestandene Bürger aus dem Publikum nehmen das Mikrofon in die Hand. Wir haben bei einem unabhängigen Institut eine Umfrage in Auftrag gegeben: Die Zahl der Atomgegner in Österreich wächst ständig und liegt schon bei über 40 Prozent – für uns eine Sensation.

Und außerdem wird immer deutlicher und immer öfter ausgesprochen: Soll der Widerstand glaubwürdig und nicht im Floriani-Prinzip stecken bleiben, so geht es nicht nur um St. Pantaleon, es geht um Grundsätzliches und daher auch gegen Zwentendorf, so aussichtslos es angesichts der fortgeschrittenen Bauphase auch scheinen mag. Also kein AKW in St. Pantaleon und keine Inbetriebnahme in Zwentendorf.

Im Vorfeld des Staatsfeiertages trifft diese Botschaft genau ins Schwarze, Atomkraft in Österreich ist ein erstrangig nationales Thema geworden. Ob der Bundeskanzler schon ahnt, dass ihn ein Jahr später Tausende aufgebrachte Atomgegner auf dem Ballhausplatz besuchen werden, über die er sich sehr ärgern wird?

Demonstration Allentsteig, 25. Juni 1977

„Zur richtigen Zeit wird die richtige Lösung gefunden werden.“ Mit dem haben uns die Atomkernspalter abzuspeisen versucht, wenn die Frage auf die Lagerung des Atom- mülls kam. Nur so weit: Bis heute gibt es weltweit keine zufrieden stellende Lösung. Und was den atomaren Brennstoffzyklus angeht, ein irreführender Begriff, der suggerieren soll, dass auch die Atomwirtschaft im Kreislauf wirtschaften würde: Die Atom- technologie ist eine stark Rohstoffe und Energie verzehrende Einbahnstraße, die zusätzlich künftigen Generationen riesige Probleme hinterlässt.

Erste Antworten, wie sich Österreich die Lösung des Atommüllproblems vorstellt, lauten: Persien wird ihn uns abnehmen. Das war noch zu Zeiten des Schahs. Angesichts der politischen Entwicklung kann man abschätzen, welchen Wert solche Aussagen und Vereinbarungen haben. Bald war klar: Auch Österreich braucht, wenn es Atom- kraftwerke betreiben will, ein Mülllager, zumindest ein Zwischenlager. Der Granit des nahe zu den Standorten liegenden Waldviertels bietet sich zuerst an, aber um die Verwirrung perfekt zu machen, ist auch die Rede von den Hohen Tauern, vom Granit des nördlichen Innviertels oder später von Spital am Pyhrn. Psychologisch gut geschulte Betreiber machen eben nichts ohne Kalkül.

Auch für das Wald- und das angrenzende Weinviertel werden im Gießkannenprinzip einige Standorte genannt. Die Folge ist aber – wahrscheinlich nicht im Sinne der Erfinder –, dass die ganze Region hellhörig wird. Wir kratzen in Linz unser letztes Geld zusammen, um an Waldviertler Adressenkarteien heranzukommen und um Aussendungen finanzieren zu können. Nächtelang schreiben wir Adressen aus Telefonbüchern heraus.

Die Strategie ist klar: Wenn eine End- oder gar Zwischenlagerung vermiest wird, hängt auch der Betrieb von Atomkraftwerken in der Luft beziehungsweise ist er nicht auf Dauer aufrecht zu erhalten. Wir werfen uns also mit Informationen über das Waldviertel, wobei schwer abzuschätzen ist, inwieweit unsere Aktionen die Entwicklung beeinflusst haben. Jedenfalls erweisen sich die Waldviertler als kämpferische Aktivistinnen, die in der Riege der österreichischen Atomgegnerschaft nicht unterschätzt werden dürfen. Und so mancher Wiener Wissenschaftler, Künstler oder sonst wie Prominenter wohnt im Waldviertel oder hat dort einen Zweitwohnsitz, den er gefährdet oder entwertet sieht.

Die Lokalpatrioten fallen schon beim Marsch auf Zwentendorf in großer Zahl auf, zwei Wochen später machen sie in Allentsteig am Rande des Truppenübungsplatzes ihre eigene Demonstration, eine Traktorsternfahrt, die sich gewaschen hat.

Es ist eine imponierende Auffahrt, die signalisiert, dass sich der gesamte ländliche Raum da oben bedroht sieht, die Landwirtschaft, der Tourismus. Dreitausend Menschen kommen ins Zentrum von Allentsteig, unter ihnen Gruppierungen, die zeigen, dass über Standes- und Parteigrenzen hinweg die Bewegung eine in alle Bevölkerungsschichten reichende Breite erreicht hat. Mütter, Gewerkschafter, Wissenschaftler, Mediziner, Christen usw. gegen Atomkraftwerke.

Wie aufgeregt die Stimmung war, mag jene Episode verdeutlichen: Die Gemeinde Alberndorf im Pulkautal wurde auch als einer der möglichen Standorte genannt. „Nomen“ ist nicht „Omen“ haben wir gedacht. Die Alberndorfer werden doch nicht so albern sein und mit dem Atommülllager kokettieren. Nein, durchaus nicht. Als der Bürgermeister erklärte, man könne den Müll in seinem Garten eingraben, lebte er in den darauf folgenden Monaten unter Gendarmerieschutz.

Wettermast St. Pantaleon, März 1978

Zwentendorf ist startklar, in St. Pantaleon beginnen erste bauliche Vorbereitungen, nachdem die unmittelbaren Anrainer abgesiedelt und entschädigt wurden. Zur Beobachtung meteorologischer Verhältnisse und zur Beweissicherung wird auf freiem Feld ein über 70 Meter hoher Mast aufgestellt. Dabei geben sich die Betreiber großzügig und kooperativ, denn die hier gesammelten Daten würden zum Wohle und zum Schutz der Bevölkerung im Genehmigungsverfahren dienen. Und außerdem könnten die Daten dann auch beim Bau der Raffinerie in Ennsdorf, des Chemiewerkes in Enns und des neuen Stahlwerkes rechts der Traun herangezogen werden.

Allen Ernstes gibt es diese Überlegungen und Pläne, die in einer in nur 400 Stück Auflage erschienenen offiziellen Studie niedergelegt sind. Von der geplanten „Industriezone Linz-Enns-Perg“ ist nicht viel umgesetzt worden. Statt der Raffinerie kam ein Tanklager und das neue Chemiewerk, gegen das der durch das AKW gebundene Bürgerwiderstand nicht mehr reichte, war ein wirtschaftlicher Flop und ist heute

bereits wieder dem Erdboden gleichgemacht. Auch die beabsichtigten Absiedelungen von etlichen Ortschaften entlang der Donau kamen zum Glück deshalb nicht zustande.

Aber zurück zum Wettermasten auf freiem Feld und zu seiner zynischen Begründung durch die Betreiber. Jetzt sehen die Leute: Die fangen wirklich an, völlig unbeeinträchtigt von dem, was sich rund um Zwentendorf abspielt. Den Anfängen muss man wehren. In einer Frühlingsnacht Mitte März fällt der Mast einem Anschlag zum Opfer. Das gewaltige Stahlrohr liegt zerbeult im Acker. Die Medien berichten natürlich darüber. Es spricht sich wie ein Lauffeuer in unseren Kreisen herum. Nicht ohne Schadenfreude gehen wir „Masten schauen“. Aber auch in Wien wird die Meldung voll eingeschlagen haben. Im Parlament ist die Atompolitik ohnehin bereits zu einem Zankapfel geworden.

Ab nun ist in der Region eine gespannte Ruhe festzustellen. Für die Betreiber von Atomkraftwerken läuft es in ganz Europa nicht so gut. Abgesehen von technischen Schwierigkeiten und hohen Kosten werden Atomkraftwerke politisch immer weniger durchsetzbar, die Umschreibung dafür, dass der Bürgerwiderstand zu groß wird. Die Aufträge sind rückläufig, die Inbetriebnahmen stagnieren. Schweden entscheidet sich für den Ausstieg.

Auch die Kraftwerksgesellschaft St. Pantaleon geht in die Defensive. Wie es sich gehört, hat sie ein ordentliches Informationszentrum errichtet, durch das Schulklassen geschleust und die üblichen harmlosen Darstellungen geboten werden: Das Kraftwerksmodell im Schnitt mit den mehrfachen Berst- und Sicherheitshüllen und dem Abluftkamin, aus dem nichts herauskommt. Die Informationsbaracke beginnt mit der Zeit an Besucherschwund zu leiden, auch die Fragen der jungen Menschen werden immer kritischer. Und eines Tages findet man das Gebäude von Gendarmerie bewacht und mit Stacheldraht umgeben vor. Wahrscheinlich steht wieder einmal eine Aktion der Bürgerinitiative bevor. Die Verunsicherung ist bereits nach außen spürbar.

Und das Schicksal des gekappten Wetterturmes? Angeblich wurde das Riesenrohr mit Schneidbrennern zerschnitten und in Teilen auf Donaukähnen abtransportiert. Jedenfalls verblieben die vier Betonfundamente ein Vierteljahrhundert lang unbehelligt in der Erde. Bäume und Sträucher konnten sich bereits rundherum ansiedeln. Es war sicher nicht beabsichtigt: Aber ein schöneres Denkmal hätte den Bemühungen der Atomgegner nicht gesetzt werden können als das Belassen der Relikte. Freilich: Dem Druck der rationellen Bewirtschaftung landschaftlicher Flächen sind vor kurzem auch die Betonklötze zum Opfer gefallen.

Das Informationszentrum ist schon lange abgerissen. Auch die Mauthausener Donaubrücke, damals von unten bis hoch hinauf hunderte Male mit „St. Pantaleon – Tod auf Raten“ beklebt, lässt schon lange wieder im neutralen Kleid den immer stärker werdenden Verkehr über sich rollen. In die abgesiedelten Häuser, die jahrelang leer standen, sind wieder Leute und Firmen eingezogen.

Heute, 30 Jahre danach, erinnert nichts mehr daran, dass an der Ennsmündung irgendwelche Realisten einmal ein Atomkraftwerk bauen wollten und irgendwelche Utopisten das verhindert haben. Alle zumindest äußeren Spuren sind getilgt.

Zum Schluss

Die fünf Jahre zwischen meinem Einstieg in die ehrenamtliche Anti-Atom-Arbeit und der Volksabstimmung sollten die aufregendsten und intensivsten in meinem Leben werden. Es war wie ein Sprung ins kalte Wasser. Aus einem unauffällig braven Staatsbürger, unkritisch und obrigkeitstgläubig, aufgewachsen in einer konservativen Familie mit deutschnationalen Wurzeln, wo es klare Richtlinien und Rahmenbedingungen gab, wird über Nacht ein unangepasster und gegen den Strom schwimmender Mensch.

Ich glaube, diese Wendung ist erklärbar: Sobald man gegen die Interessen des Establishments kämpft und sich Wirtschaftsgruppen und deren Lobbys zum Feind macht, bekommt man ihre Rücksichtslosigkeit zu spüren, lernt man ihre Absichten und Strategien kennen, erhält man einen Blick hinter die Kulissen und dann fällt es einem wie Schuppen von den Augen. Anfangs meinte ich manchmal, es würde mir den Boden unter den Füßen wegziehen, so enttäuscht, deprimiert und erschüttert war ich mit meinen 33 Jahren. Zugleich erwachte ein starker Selbsterhaltungstrieb und Behauptungswille. Ich war von der Richtigkeit meines Engagements so überzeugt, dass mich nichts und niemand von diesem Weg abbringen konnte. Im Zusammenfinden mit Gleichgesinnten in der Bürgerinitiative sind wir eine verschworene Gruppe geworden, eine Gemeinschaft mit vielen bereichernden Kontakten untereinander und nach außen.

Daher ist es mir beim Zurückerkennen und Betrachten der Bilder nicht leicht gefallen, eine distanzierte Haltung einzunehmen. Im Gegenteil, es ist eine persönliche Sicht der Dinge und Ereignisse geworden. Wenn man so ganz und gar, mit Leib und Seele dabei war und eine völlig neue und bleibende Orientierung für sein Leben erhalten hat, kann man nicht sachlich darüber schreiben.

Mit der Volksabstimmung war meine Tätigkeit im Natur- und Umweltschutz und in der Anti-Atom-Bewegung noch lange nicht zu Ende. Wenn man einmal auf diesen Zug aufgesprungen ist, der in die Gegenrichtung fährt, gibt es kein Abspringen oder Umsteigen mehr. Gegen das tschechische Atomkraftwerk Temelin habe ich mich zum Schluss noch jahrelang ins Zeug gelegt. Die Atomgegner genießen heute zwar allgemeine Anerkennung und werden mit öffentlichen Geldern gefördert, aber die Regierung Schüssel hat uns im Rahmen des so genannten Melker Prozesses nicht besser oder wohlwollender behandelt als vor 30 Jahren die Regierung Kreisky. Nur die Methoden sind subtiler und raffinierter geworden. In Abwandlung von Kreisky könnte ich sagen, ich habe es nicht mehr notwendig, mich wie einen Lausbuben behandeln zu lassen.

Und wo sind die jungen Leute, die sich gegen die heraufdämmernde Renaissance der Atomenergie zur Wehr setzen werden? Geschichte wiederholt sich angeblich nicht. Sicher ist, dass persönliche Erfahrung nicht unmittelbar weitergegeben werden kann. Wenn meine Kinder Verständnis für mein Engagement hatten und teilweise mitmachen, die Enkelkinder, stellvertretend und typisch für die ganz junge Generation, können damit nichts mehr anfangen. Denen sagt Tschernobyl kaum noch etwas und Zwentendorf schon gar nichts, und sie denken sich nichts dabei, wenn sie lange unter der Dusche stehen oder überall im Haus das Licht brennen lassen.

Sie halten es für selbstverständlich, dass ausreichend Energie vorhanden ist. Zu den ökologischen und sozialen Folgen einer falschen Energiepolitik finden sie noch

keine Gedankenbrücken. Aber nicht nur meine Enkelkinder denken so, für die gesamte Bevölkerung ist Umwelt- und Energiepolitik nur mehr ein nachrangiges Thema, verglichen mit den Problemen, die uns durch die Globalisierung ins Haus stehen. Die Situation erinnert mich fatal an den ärgerlichen Spruch der Elektrizitätswirtschaft 1974, der etwa lautete: „Protestieren Sie ruhig gegen neue Kraftwerke – bei uns kommt der Strom aus der Steckdose.“ Wiederholt sich Geschichte also doch?

Um die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen zu müssen, sind Erinnern und Überliefern wichtig. Die Kultur und Pflege des Nichtvergessens ermöglicht einen klareren Blick in die Zukunft. In diesem Kontext sehe ich auch meinen Beitrag zu diesem Buch.